



SOZIALE UNGLEICHHEIT: AUSMASS, ENTWICKLUNG, FOLGEN

Nimmt die soziale Ungleichheit in Deutschland zu? Bremst oder fördert Ungleichheit das Wachstum der Wirtschaft? Wie sollen wir mit Ungleichheit in der Zukunft umgehen? Grafiken und Kurzanalysen geben Antwort auf neun wichtige Fragen.

1. Wächst die Ungleichheit der Einkommen?
2. Wie sind die Vermögen in Deutschland verteilt?
3. Ist Deutschland ein ungleiches Land?
4. Schadet Ungleichheit dem Wachstum?
5. Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland?
6. Ungleichheit: Wie lässt sich die Datenbasis verbessern?
7. Wie weit verbreitet ist Armut in Deutschland?
8. Wie wird sich die Ungleichheit in den nächsten Jahren entwickeln? Welche Rolle spielen die starke Zuwanderung und der Mindestlohn?
9. Was könnte man tun, um die Ungleichheit zu reduzieren?

1. Wächst die Ungleichheit der Einkommen?

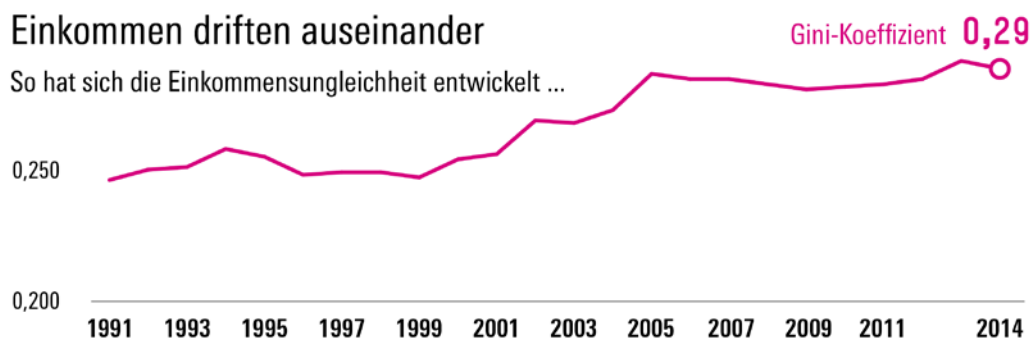
Die Einkommensunterschiede sind heute weit größer als noch vor zwanzig Jahren. Das lässt sich am Gini-Koeffizienten ablesen, einem statistischen Maß für Ungleichheit. Vor allem Anfang der 2000er-Jahre nahm die Ungleichheit der im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erfassten Haushaltseinkommen in Deutschland zu. In den folgenden Jahren ging der Gini-Koeffizient leicht zurück, seit 2010 steigt die Ungleichheit aber wieder an. In den Jahren 2013 und 2014, so die aktuellsten verfügbaren Daten, lag sie sogar etwas über dem Niveau von 2005.

Die verfügbaren Einkommen der unteren 40 Prozent der Verteilung sind – unter Berücksichtigung der Inflation – seit Anfang der 2000er-Jahre gesunken. Dagegen fielen die Einkommenszuwächse der oberen zehn Prozent weit überdurchschnittlich aus (Grabka und Goebel 2017). Ein Grund für diese Entwicklung ist die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkommen: In den 1990er-Jahren stiegen Kapitaleinkommen und Löhne zunächst parallel an, zwischen 2003 und 2007 schossen Erstere dann in die Höhe. Die Löhne legten über lange Zeit kaum zu (Spannagel 2015).

Im Vergleich zu anderen Ländern fällt auf: Hierzulande ist der Anteil der Niedriglohnempfänger besonders hoch. Im Jahr 2014 waren 22,5 Prozent der Beschäftigten in Deutschland betroffen. Nur in Lettland, Rumänien, Litauen, Polen und Estland war der Anteil der Niedriglohnempfänger noch höher. Der Durchschnitt in der EU liegt laut Eurostat (2016) bei 17,2 Prozent. Als Niedriglohnempfänger gelten Beschäftigte, deren Bruttostundenverdienst zwei Drittel oder weniger des mittleren Stundenlohns beträgt.

Einkommen driften auseinander

So hat sich die Einkommensungleichheit entwickelt ...



Je höher der Koeffizient, desto ungleicher die Verteilung. Der größtmögliche Wert ist 1.
Quelle: SOEP 2016

Hans Böckler
Stiftung

Entwicklung der Einkommensungleichheit 1991-2014

Jahr	Gini-Koeffizient
1991	0,247
1992	0,251
1993	0,252
1994	0,259
1995	0,256
1996	0,249
1997	0,25
1998	0,25
1999	0,248
2000	0,255
2001	0,257
2002	0,27
2003	0,269
2004	0,274
2005	0,288
2006	0,286
2007	0,286
2008	0,284
2009	0,282
2010	0,283
2011	0,284
2012	0,286
2013	0,293
2014	0,29

Quelle: SOEP 2016; eigene Berechnung

2. Wie sind die Vermögen in Deutschland verteilt?

Die Privatvermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. Der sogenannte Gini-Koeffizient für Vermögen lag 2014 bei 0,76. Auf einen höheren Wert kommt in der Eurozone nur Litauen (EZB 2017). Je näher der Koeffizient am Wert 1 liegt, desto größer ist die Ungleichverteilung und desto stärker sind die Vermögen bei wenigen Reichen konzentriert.

Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte haben negative Vermögen, sie sind verschuldet (Grabka und Westermeier 2014).

Das durchschnittliche Nettovermögen lag 2014 laut Bundesbank bei 214.500 Euro. Der Mittelwert der Nettovermögen, der sogenannte Median, lag allerdings deutlich niedriger. Der Median ist genau der Wert, der in der Mitte liegt, wenn man die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte teilt. Das Vermögen des Haushalts in der Mitte der Verteilung betrug 2014 netto 60.400 Euro (siehe Grafik: 50. Perzentil). Die große Differenz zwischen Durchschnitts- und Medianvermögen ist ein Indiz für hohe Ungleichheit.

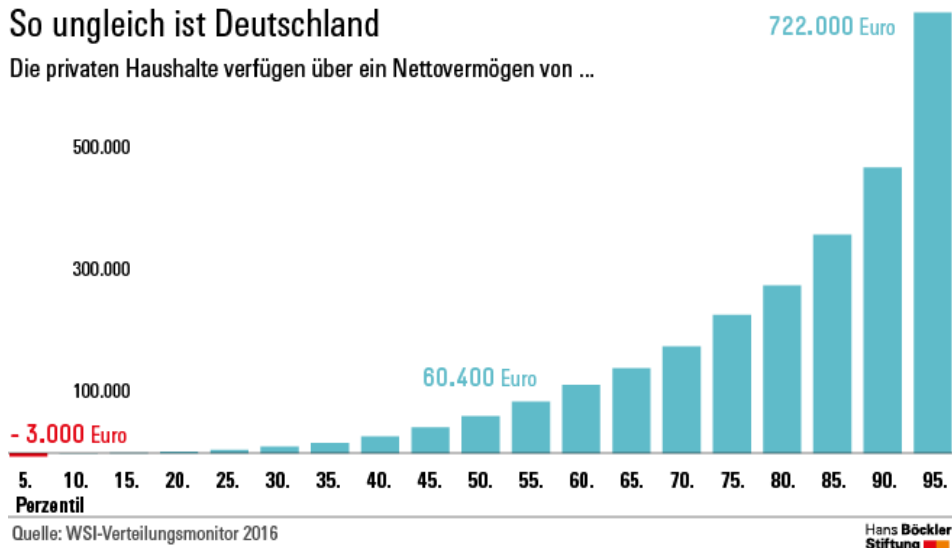
Wer ein Vermögen von mehr als 722.000 Euro besitzt, gehört in Deutschland zu den oberen fünf Prozent. Zum Vermögen zählen Sachvermögen wie Immobilien, Unternehmen, Schmuck oder Autos und Finanzvermögen inklusive Wertpapiere und Aktien. Davon abgezogen werden Schulden wie Hypotheken oder Kredite.

Die genannten Zahlen beruhen auf konservativen Schätzungen, das wahre Ausmaß der Ungleichheit könnte sogar noch größer sein. Schließlich sind hohe und sehr hohe Vermögen in den meisten Statistiken untererfasst – die Stichproben beruhen häufig auf freiwilligen Umfragen, an denen sich Multimillionäre oder Milliardäre in der Regel nicht beteiligen.

Wie sehr das Ausmaß der Vermögensungleichheit unterschätzt wird, dafür liefert eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Westermeier und Grabka 2015) Hinweise: Die Untersuchung bezieht zusätzliche Informationen aus Reichenlisten mit ein, zum Beispiel aus der sogenannten Forbes-Liste. Nach dieser Schätzung fällt das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland zwei bis drei Billionen Euro höher aus als gemeinhin angenommen. Das reichste Prozent der Haushalte dürfte dann rund ein Drittel des Gesamtvermögens besitzen – und nicht nur ein Fünftel, wie mit herkömmlichen Methoden ermittelt. Amtliche Daten zum Vermögen von Superreichen fehlen, da keine Vermögenssteuer mehr erhoben wird.

So ungleich ist Deutschland

Die privaten Haushalte verfügen über ein Nettovermögen von ...



Erklärung zur Grafik: Die Haushalte sind von links nach rechts nach ihrem Vermögen geordnet. Sie sind eingeteilt in Gruppen, denen jeweils fünf Prozent der Haushalte entsprechen. Die Säulen repräsentieren das höchste Vermögen in der jeweiligen Gruppe.

Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland: 2010 und 2014

Quantile	PHF 2010/2011 (nominal)	PHF 2014 (nominal)	PHF 2014 (inflationbereinigt)
5	-1620	-3000	-2814
10	60	0	0
20	3490	2400	2251
30	11580	10700	10038
40	27780	27100	25422
50	51360	60400	56660
60	97240	111900	104972
70	163460	174900	164071
80	261080	274700	257692
90	442320	468000	439024
95	661240	722000	677298

Anmerkungen: Inflationbereinigt nach Preisen von 2010 (106,6%)

Quellen:

Monatsbericht Juni 2013 Bundesbank (S.39)

Monatsbericht März 2016 Bundesbank (S.76)

3. Ist Deutschland ein ungleiches Land?

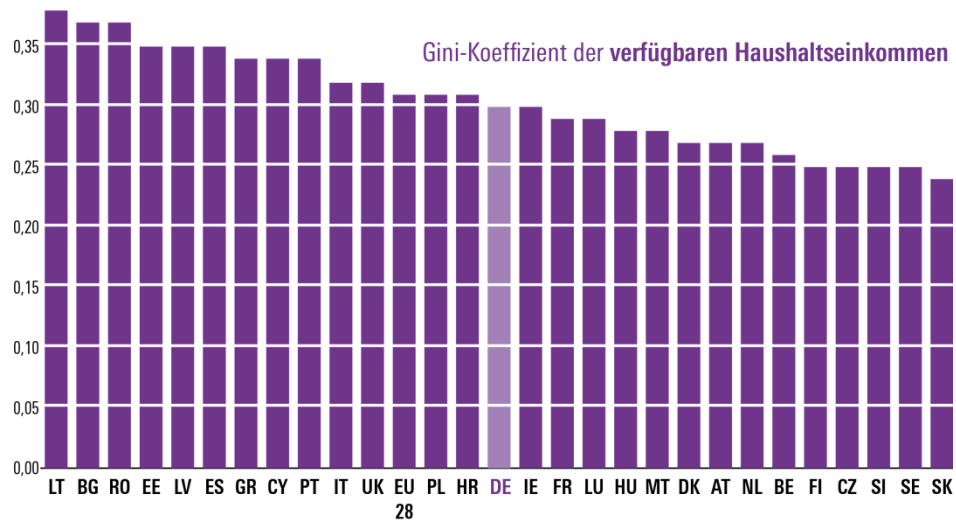
Die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über beinahe 60 Prozent des gesamten Nettohaushaltsvermögens. Dieser Wert liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 50 Prozent.

Die unteren 20 Prozent in Deutschland besitzen gar kein Vermögen. Kritiker wenden ein, dass die Rentenanwartschaften, die einen wichtigen Teil des Vermögens darstellen können, in dieser Statistik außen vor bleiben. Würde man sie berücksichtigen, stünde Deutschland besser da. Doch der Einwand überzeugt nicht. Schließlich haben gerade Menschen mit wenig Vermögen und niedrigem Einkommen im internationalen Vergleich relativ geringe Anwartschaften. Zudem nutzen solche Ansprüche wenig, wenn im täglichen Leben das Geld fehlt. Auch der sogenannte Gini-Koeffizient – ein verbreitetes Maß für Ungleichheit – belegt: In fast keinem anderen Land der Eurozone ist die Vermögensungleichheit so groß wie in Deutschland. Lediglich Litauen weist noch eine größere Vermögensungleichheit auf. Litauen und Deutschland kommen bei den Vermögen auf einen Gini-Koeffizienten von 0,79 und 0,76. Je näher der Gini am Wert 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

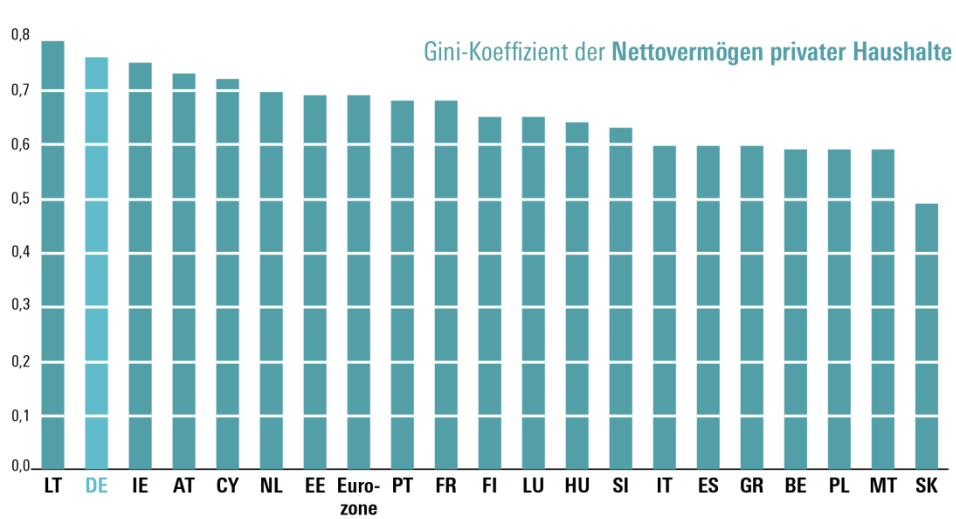
In Sachen Einkommensverteilung schneidet Deutschland im europäischen Vergleich etwas besser ab. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,3 liegt die Bundesrepublik ganz knapp unter dem EU-Durchschnitt. Größer ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in den von der Eurokrise betroffenen Staaten sowie Ländern in Mittel- und Osteuropa. Die meisten west- und nordeuropäischen Länder weisen eine geringe Ungleichheit auf (Heidenreich 2016). In fast allen europäischen Ländern sind die Einkommen in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre auseinandergedriftet, in Deutschland jedoch überproportional stark. Dies hängt mit der Zunahme von atypischer Beschäftigung – Teilzeit, befristeter Arbeit oder Minijobs – in diesem Zeitraum zusammen (OECD 2015).

Fazit: Deutschland ist im Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Wohlstandsniveau ein eher ungleiches Land.

Einkommensungleichheit in Europa 2014



Vermögensungleichheit in Europa 2014



Einkommensungleichheit in Europa 2014

Land	Gini-Koeffizient
Litauen	0,38
Bulgarien	0,37
Rumänien	0,37
Estland	0,35
Lettland	0,35
Spanien	0,35
Griechenland	0,34
Zypern	0,34
Portugal	0,34
Italien	0,32
Großbritannien	0,32
Polen	0,31
Kroatien	0,31
Deutschland	0,30
Irland	0,30
Frankreich	0,29
Luxemburg	0,29
Ungarn	0,28
Malta	0,28
Dänemark	0,27
Österreich	0,27
Niederlande	0,27
Belgien	0,26
Finnland	0,25
Tschechien	0,25
Slowenien	0,25
Schweden	0,25
Slowakei	0,24

Quellen: HFCS/EZB 2013, Eurostat 2017

Vermögensungleichheit in Europa 2014

Land	Gini-Koeffizient
Litauen	0,79
Deutschland	0,76
Irland	0,75
Österreich	0,73
Zypern	0,72
Niederlande	0,70
Estland	0,69
Eurozone	0,69
Portugal	0,68
Frankreich	0,68
Finnland	0,65
Luxemburg	0,65
Ungarn	0,64
Slowenien	0,63
Italien	0,60
Spanien	0,60
Griechenland	0,60
Belgien	0,59
Polen	0,59
Malta	0,59
Slowakei	0,49

Quelle: HFCS (EZB 2017)

4. Schadet Ungleichheit dem Wachstum?

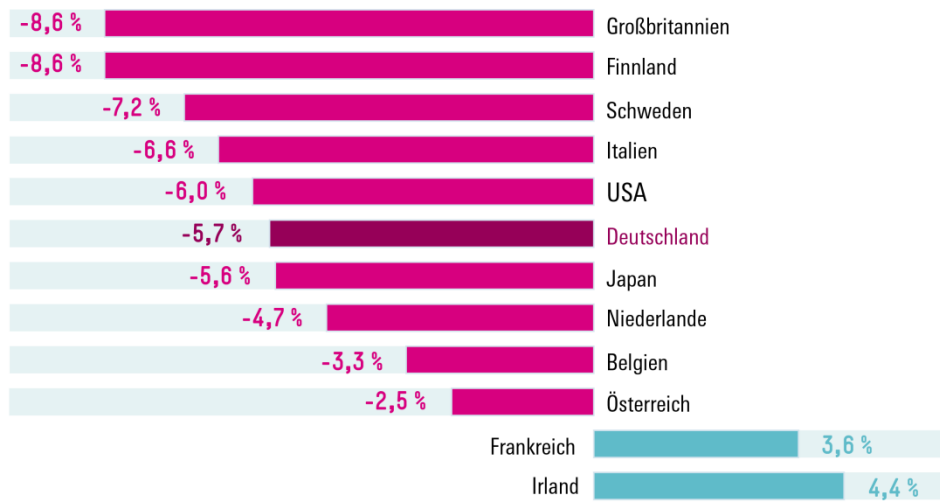
Wie sich Ungleichheit auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt, ist in der Forschung umstritten. Studien aus der Zeit vor der Finanzkrise fanden häufig keinen klaren Zusammenhang. In jüngster Zeit vertreten Wissenschaftler jedoch häufiger die Position, dass zunehmende Einkommensungleichheit einen negativen Einfluss hat (für einen Überblick vgl. Behringer et al. 2016).

Neuere Forschungsarbeiten des Internationalen Währungsfonds (IWF; für einen Überblick vgl. Dabla-Norris et al. 2015) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; für einen Überblick vgl. OECD 2015) kommen zu dem Ergebnis, dass Länder mit höherer Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten ein geringeres Wirtschaftswachstum und kürzere Wachstumsphasen verzeichneten als Länder mit geringerer Einkommensungleichheit (Ostry et al. 2014; Cingano 2014). Gerade wenn die Ungleichheit wächst, was in Deutschland und vielen anderen Industrieländern seit den 1990er-Jahren geschehen ist, sehen die Forscher negative Effekte. Der OECD zufolge wäre das Wirtschaftswachstum in Ländern wie den USA, dem Großbritannien oder Deutschland zwischen 1990 und 2010 bei gleichbleibender Einkommensungleichheit um rund ein Fünftel höher gewesen. In Deutschland ist das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in diesem Zeitraum etwa um rund 26 Prozentpunkte gewachsen – fast sechs Prozentpunkte weniger, als dies bei unveränderter Ungleichheit der Fall gewesen wäre. Die Studie erklärt die Einbußen beim Wirtschaftswachstum hauptsächlich dadurch, dass untere Einkommensgruppen bei steigender Ungleichheit weniger in Bildung investieren können, wodurch die soziale Mobilität und die Entwicklung des sogenannten Humankapitals geschwächt werden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in einer aktuellen Untersuchung (vgl. Albig et al. 2017) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der Ungleichheit in Deutschland zwischen 1991 und 2015 die wirtschaftliche Entwicklung belastet haben dürfte. Demnach wäre das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 rund 40 Milliarden Euro höher ausgefallen, wenn der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, der gängige Indikator für das Ausmaß der Ungleichheit, seit der Wiedervereinigung konstant geblieben wäre. Dies entspricht kumuliert einer rund zwei Prozentpunkte höheren Wachstumsrate. Verglichen mit der OECD-Studie fällt der Einfluss zunehmender Ungleichheit auf die wirtschaftliche Entwicklung zwar geringer aus. Doch die DIW-Forscher prognostizieren für Deutschland, dass sich das Wachstum aufgrund der Auswirkungen steigender Ungleichheit auf das Qualifikationsniveau der Beschäftigten langfristig schwächer entwickeln wird.

Ungleichheit kostet Wachstum

So hat sich die wachsende Ungleichheit zwischen 1990 und 2010 auf das BIP ausgewirkt in ...



Lesebeispiel: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist um 5,7 Prozentpunkte schwächer ausgefallen, als es sich bei unveränderter Ungleichheit entwickelt hätte.

Quelle: Cingano 2014

Hans Böckler
Stiftung

Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist zwar Vorsicht geboten, da ein geringes Wirtschaftswachstum in einzelnen Ländern ebenfalls zum Anstieg der Ungleichheit beigetragen hat – die Wirkungsrichtung ist hier also umgekehrt. Gegenwärtig erscheint es jedoch wahrscheinlich, dass zunehmende Ungleichheit zu einem schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum führt. So sehen viele Ökonomen/innen im Anstieg der Ungleichheit eine strukturelle Ursache der Finanzkrise (für einen Überblick vgl. van Treeck 2014). In deren Folge glitten viele Länder in eine schwere Rezession ab, was erklären würde, warum die Ergebnisse der jüngeren Studien darauf schließen lassen, dass steigende Ungleichheit mit einem Wachstumsrückgang einhergeht.

Geschätzte Effekte von Veränderungen der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen) auf das kumulierte Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, 1990-2010 (Wachstumsrate, in Prozent)

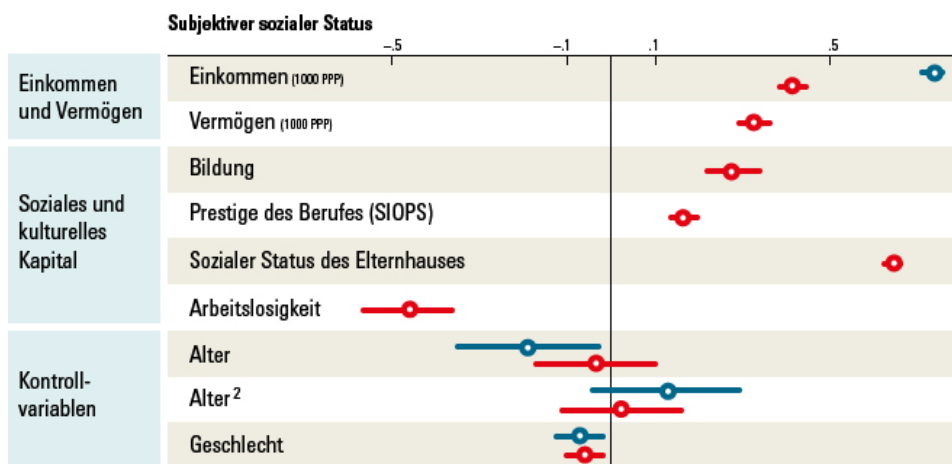
Land	aktuelle Wachstumsrate	geschätzter Effekt der Veränderung der Ungleichheit	Wachstumsrate ohne den Effekt der Ungleichheit
Irland	64,6	4,4	60,2
Vereinigtes Königreich	40,9	-8,6	49,6
Niederlande	36,3	-4,7	41,0
Schweden	35,5	-7,2	42,7
Finnland	34,4	-8,6	43,1
Norwegen	34,0	-8,5	42,6
Österreich	31,8	-2,5	34,2
Türkei	30,0	-4,6	34,6
Belgien	28,5	-3,3	31,8
Neuseeland	28,4	-15,5	43,9
USA	28,3	-6,0	34,3
Deutschland	25,7	-5,7	31,3
Dänemark	25,6	-1,2	26,8
Kanada	24,0	-3,1	27,1
Frankreich	18,5	3,6	14,9
Japan	17,5	-5,6	23,1
Spanien	17,3	6,4	10,9
Italien	8,0	-6,6	14,7
Mexiko	0,5	-11,3	11,8

Quelle: Cingano (2014)

5. Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland?

Wird das Ausmaß der Ungleichheit in Deutschland falsch eingeschätzt? Eine aktuelle Untersuchung von Niehues (2016) kommt zu dem Schluss, die empfundene Ungleichheit stimme nur geringfügig mit der tatsächlichen Einkommensungleichheit überein. Die wahrgenommene Ungleichheit wird dabei anhand von fünf zur Auswahl stehenden Diagrammen bemessen, welche jeweils verschiedene Gesellschaftstypen beschreiben. Die Mehrheit der Deutschen (52,8 Prozent) geht von einer pyramidenförmigen Gesellschaftsform aus, an deren Spitze eine kleine Gruppe steht, während der überwiegende Teil sich am unteren Ende konzentriert. Die tatsächliche Einkommensverteilung zeigt dagegen eine eher zwiebelförmige Verteilung mit einem ausgeprägten Mittelstand. Liegen die Deutschen deshalb aber falsch? Wohl kaum, denn die zu Grunde liegende Befragung zielt nicht explizit auf die Einkommensverteilung, sondern ganz allgemein auf den wahrgenommenen Zustand der Gesellschaft.

Die Wahrnehmung von Ungleichheit in Deutschland



Grundlage ist ein mixed-effects-Modell mit subjektivem sozialen Status als abhängiger Variable. Im blau gefärbten Modell ist Einkommen der einzige während das rote Modell weitere Faktoren von Ungleichheit erfasst. Die Punkte zeigen die z-standardisierten Schätzer und das 95% Konfidenzintervall.

Quelle: ISSP 2009, eigene Berechnungen Poppitz 2016 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Neben dem Einkommen gibt es laut UN und OECD weitere bedeutende Faktoren von Ungleichheit wie zum Beispiel Bildung, Vermögen oder Gesundheit. Diese Faktoren tragen maßgeblich zur Wahrnehmung der eigenen Position innerhalb der Gesellschaft bei. Erfasst man diesen subjektiven Status auf einer Skala von 1 bis 10, so zeigt sich, dass Einkommen nur 18,5 Prozent zur Erklärung des eigenen wahrgenommenen Status innerhalb der Gesellschaft beitragen kann (Poppitz 2016). Bildung, Vermögen, Berufsstatus und Familienzugehörigkeit sind mit 23,1 Prozent ähnlich wichtig. Daraus lässt sich schließen dass viele Menschen zur Beurteilung von Ungleichheit mehr Faktoren heranziehen als nur Einkommen. Zugleich bleibt ein großer Anteil der Selbstwahrnehmung trotz der zusätzlichen

Faktoren ungeklärt (58,5 Prozent), auch weil viele Befragte dazu neigen, sich unabhängig von den genannten Faktoren in der Mitte der Gesellschaft einzuordnen.

Die Antwort auf die Frage, ob das Ausmaß der Ungleichheit in Deutschland falsch eingeschätzt wird, hängt somit von der Definition von Ungleichheit und der entsprechenden Erhebungsmethode ab. Und während die „Pyramidenstruktur“ die Einkommensverteilung nicht zutreffend beschreibt, kommt dieses Muster etwa bei der Verteilung der Vermögen der Datenlage schon recht nahe.

Wie wichtig sind einzelne Faktoren zur Erklärung der selbst wahrgenommenen Position innerhalb der Gesellschaft (subjektiver sozialer Status)?

	Model 1 (blau)			Modell 2 (rot)		
	Wert	95 %-Konfidenzintervall		Wert	95 %-Konfidenzintervall	
		untere Grenze	obere Grenze		untere Grenze	obere Grenze
Einkommen (1000 PPP)	0,768	0,735	0,802	0,408	0,375	0,442
Einkommen ² (1000 PPP)	-0,085	-0,096	-0,073	-0,054	-0,064	-0,043
Vermögen (1000 PPP)				0,325	0,285	0,366
Vermögen ² (1000 PPP)				-0,045	-0,055	-0,035
Bildung				0,274	0,210	0,339
Prestige des Berufs (SIOPS)				0,164	0,135	0,193
Soz. Status des Elternhauses				0,635	0,611	0,659
Arbeitslosigkeit				-0,452	-0,556	-0,348
Alter	-0,184	-0,351	-0,018	-0,030	-0,173	0,114
Alter ²	0,129	-0,038	0,296	0,025	-0,118	0,168
Geschlecht	-0,067	-0,122	-0,012	-0,058	-0,106	-0,011
Anzahl der Beobachtungen	10031			10031		
Bayesianisches Informationskriterium	35299			31975		
Intrakorrelationskoeffizient	0,179			0,225		

Grundlage ist ein mixed effects model, mit subjektivem sozialen Status als abhängiger Variable. Im ersten Modell (blau) ist Einkommen der einzige Faktor während das zweite Modell (rot) andere Faktoren von Ungleichheit umfasst. Die Punkte zeigen die z-standardisierten Schätzer und das 95% Konfidenzintervall. Quelle: Eigene Berechnungen für 17 europäische Länder mithilfe des ISSP 2009.

Quelle: ISSP 2009; eigene Berechnungen (Poppitz 2016)

6. Ungleichheit: Wie lässt sich die Datenbasis verbessern?

Als Maßstab für die Einkommensungleichheit dient üblicherweise der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen. Empirische Grundlage dafür sind in Deutschland die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das Problem: Bei Befragungen sind die Spitzenverdiener tendenziell unterrepräsentiert. Das führt dazu, dass das Ausmaß der Ungleichheit am oberen Ende der Verteilung unterschätzt wird – und damit auch die Einkommensungleichheit insgesamt.

Für präzisere Schätzungen eignen sich Auswertungen der amtlichen Einkommensteuerstatistik. Seit der Einführung der Abgeltungssteuer im Jahr 2009 werden Kapitaleinkommen allerdings nicht mehr systematisch erfasst, die gerade für das Auskommen der Topverdiener äußerst bedeutsam sind. Die Rückkehr zur sogenannten synthetischen Einkommensbesteuerung, bei der für Kapitaleinkommen der persönliche Steuersatz gilt, würde auch hinsichtlich der Datenlage einen erheblichen Fortschritt darstellen (Behringer et al. 2014).

Die Erfassung der Vermögensverteilung in Deutschland gestaltet sich ebenfalls schwierig. Da Vermögen typischerweise sehr viel ungleicher verteilt sind als Einkommen, wäre es umso wichtiger, große Besitztümer in die Berechnungen einzubeziehen. An Bevölkerungsumfragen nehmen superreiche Haushalte jedoch selten oder gar nicht teil (Westermeier und Grabka 2015). So besitzt der reichste Haushalt im SOEP netto, also nach Abzug von Schulden, „nur“ knapp 50 Millionen Euro. Multimillionäre und Milliardäre, auf die trotz ihrer relativ geringen Zahl sehr hohe Vermögenswerte entfallen, sind stark unterrepräsentiert. Eine weitere Hürde stellt die marktnahe Bewertung von Vermögensbeständen durch die Befragten dar. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer – die zwar Teil der Steuergesetzgebung ist, aber in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird – würde verlässliche Messungen deutlich erleichtern (Behringer et al. 2014).

7. Wie weit verbreitet ist Armut in Deutschland?

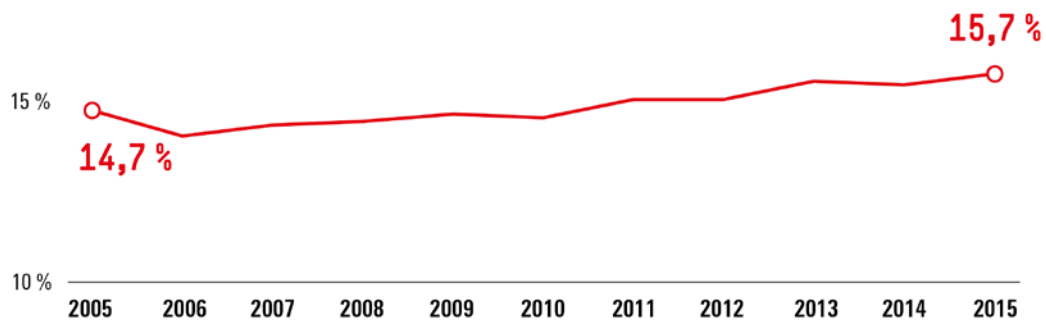
Seit Anfang der 1990er-Jahre ist der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung gestiegen, besonders stark in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre. Im Jahr 2015 kletterte die Armutsquote nach Daten des Statistischen Bundesamtes auf 15,7 Prozent – und damit auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Das bedeutet: Jeder Sechste lebt in relativer Armut. Nach der in der Wissenschaft gängigen Definition gilt eine Person dann als arm, wenn sie in einem Haushalt lebt, dem weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens zur Verfügung steht.

Der jüngste Anstieg der Armutsquote hängt auch mit der Zuwanderung zusammen: Viele Menschen, die nach Deutschland kommen, haben zunächst ein sehr niedriges Einkommen. Das schlägt sich nun in der Statistik nieder (Seils 2016). Betrachtet man dagegen nur die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, ist die Armutsquote in den vergangenen beiden Jahren nicht gestiegen. Allerdings: Angesichts der guten Konjunktur wäre zu erwarten gewesen, dass die Armut zurückgeht. Das ist nicht geschehen – obwohl es weniger Arbeitslose gibt (Spannagel 2015).

Hinzu kommt: Wer einmal arm ist, hat es immer schwerer, aus der Armut herauszukommen. Zwischen 1991 und 1995 schafften es rund 47 Prozent der Armen, in die untere Mitte aufzusteigen. Von 2009 bis 2013 gelang dies nur noch 36 Prozent (Spannagel 2016). Auch für Personen direkt oberhalb der Armutsgrenze sind die Aufstiegschancen gesunken, während ihr Risiko, in Armut abzurutschen, gewachsen ist. Die Absteiger sind häufig geringqualifiziert, Minijobber oder arbeitslos. Auch alte Menschen sind zunehmend von Armut betroffen. Neben der relativen Einkommensarmut gibt es noch weitere Dimensionen von Armut, die sich zum Beispiel darauf beziehen, ob ein Mensch über genügend Mittel verfügt, um am „normalen“ gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, kann für Betroffene ebenso hart sein wie materielle Entbehren.

Jeder Sechste ist arm

So hat sich die Armutsquote in Deutschland entwickelt ...



Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtetes Einkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Bevölkerung entspricht
Quelle: destatis 2016

Hans Böckler
Stiftung

Entwicklung der Einkommensarmut 2005-2015 Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60% des Medians leben

Jahr	Armutsquote
2005	14,7
2006	14
2007	14,3
2008	14,4
2009	14,6
2010	14,5
2011	15
2012	15
2013	15,5
2014	15,4
2015	15,7

Quelle: destatis 2016; eigene Berechnung

8. Wie wird sich die Ungleichheit in den nächsten Jahren entwickeln? Welche Rolle spielen die starke Zuwanderung und der Mindestlohn?

Generell zeigt sich am aktuellen Rand, dass die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen wieder im Steigen begriffen ist. So hat seit der Finanz- und Wirtschaftskrise die Bedeutung von Vermögenseinkommen zugenommen. Diese wirken wie eine Art Motor der Ungleichheit, da solche Einkommen vor allem einkommensstarken Haushalten zufließen (Schmid und Spannagel 2015). Derzeit gibt es zwei weitere Entwicklungen, die den weiteren Verlauf der Ungleichheit maßgeblich beeinflussen dürften:

Die Ungleichheit könnte sich durch die starke Flüchtlingszuwanderung kurzfristig erhöhen. Langfristig dürfte jedoch die Erwerbstätigkeit unter den Flüchtlingen zunehmen und damit den Anstieg der Ungleichheit etwas bremsen. Die dadurch generierten Einkommen würden die Streuung der Haushaltseinkommen dann wieder verringern. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass dies auf der Annahme beruht, dass das Jahr 2015 eine Ausnahme darstellt und die Einwanderung auf das in der Vergangenheit übliche Niveau zurückgeht.

Neben der Zuwanderung wird auch der Mindestlohn von aktuell 8,84 Euro pro Stunde die weitere Entwicklung der Einkommensungleichheit beeinflussen. Um die Folgen abzuschätzen ist ein Blick auf den Niedriglohnsektor hilfreich. Im Jahr 2012 hatten 15,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten und damit etwa 5,25 Millionen Erwerbstätige einen Bruttostundenlohn von unter 8,50 Euro (Amlinger et al. 2014). In dieser Gruppe dürften die meisten von der Einführung des Mindestlohns profitieren. Erste Studien zeigen, dass es seit der Einführung des Mindestlohns gerade in den klassischen Niedriglohnbranchen zu überdurchschnittlich hohen Lohnsteigerungen gekommen ist; in Ost- noch stärker als in Westdeutschland (Amlinger et al. 2016). Daher könnte der Mindestlohn den aktuellen Anstieg der Einkommensungleichheit etwas dämpfen.

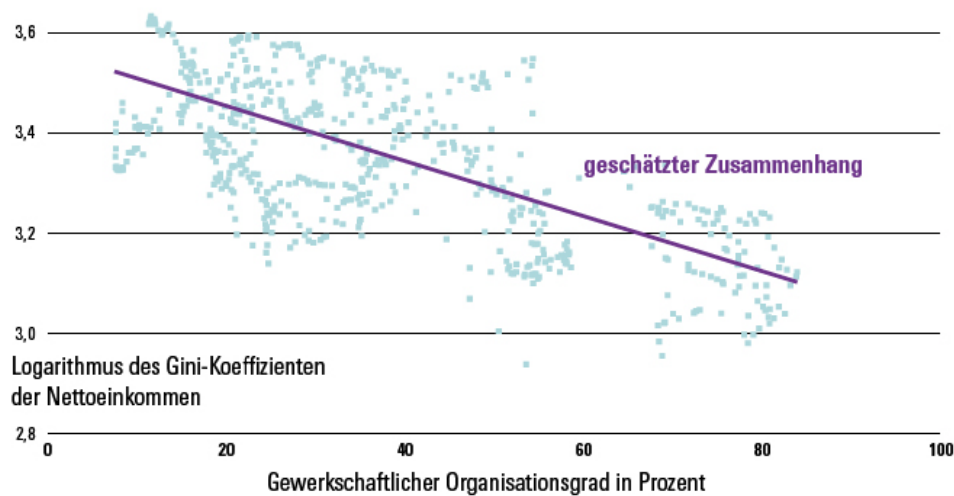
9. Was könnte man tun, um die Ungleichheit zu reduzieren?

Politik und Sozialpartner können auf vielen verschiedenen Ebenen etwas bewirken.

Bildung: Der kostenlose oder staatlich gestützte Zugang zu frühkindlicher Bildung, aber auch zu höheren Bildungseinrichtungen ist ein zentrales Element, um Chancengleichheit zu gewährleisten und soziale Mobilität zu ermöglichen (Corak 2013).

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad: Gemäß Forscherinnen des Internationalen Währungsfonds (IWF; Jaumotte und Buitron 2015) steigt die Einkommensungleichheit mit fallendem Einfluss von Gewerkschaften an. Dies ist neben einer sinkenden Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch darauf zurückzuführen, dass starke Gewerkschaften über ihre politische Einflussnahme einen umverteilenden Wohlfahrtsstaat fördern. Eine Stärkung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads sollte folglich eine ungleichheitsmindernde Wirkung haben.

Gewerkschaftlicher Abdeckungsgrad und Einkommensverteilung



Quelle: Jaumotte, Buitron 2015 © Hans-Böckler-Stiftung 2016

Hans Böckler
Stiftung

Mindestlohn: Auch ein gesetzlicher Mindestlohn kann helfen, **Ungleichheit zu reduzieren**, ohne dabei, wie oft befürchtet, negative Beschäftigungseffekte auszulösen. Wie die Studie von Jaumotte und Buitron (2015) zeigt, ist aber darauf zu achten, dass der Mindestlohn auch regelmäßig an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen angepasst wird. Anderenfalls könnten Bezieherinnen und Bezieher des Mindestlohns hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben und die Einkommensungleichheit zunehmen.

Progressive Besteuerung: Für die meisten Einkommenskategorien gilt eine progressive Einkommensbesteuerung, wodurch hohe Einkommen einem höheren

durchschnittlichen Steuersatz unterliegen. Kapitalerträge werden hingegen einheitlich mit 25 Prozent versteuert. Im Vergleich dazu liegt der Spitzensteuersatz mit 45 Prozent wesentlich höher. Würde man Kapitalerträge, die insbesondere bei Spitzenverdienern konzentriert sind, wie früher im Einklang mit anderen Einkommensarten versteuern, würden sie einer stärkeren Besteuerung unterworfen. Eine solche synthetische Einkommensteuer auf Kapitalerträge wurde von **Finanzminister Wolfgang Schäuble** jüngst ins Gespräch gebracht. Allerdings ist auch bei der Einkommensteuer seit den 1980er Jahren ein starker Rückgang der Progressivität festzustellen. Während 1981 die Spitzensteuersätze für Einkommen im OECD-Durchschnitt noch bei 66 Prozent lagen, betrug der Durchschnitt im Jahr 2010 nur noch 42 Prozent (Förster et al. 2014). Die Umverteilungswirkung des Steuersystems wurde dadurch erheblich geschwächt. Mit den Mehreinnahmen durch progressivere Steuern ließen sich beispielsweise höhere Bildungsausgaben finanzieren.

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung: Mit den **Panama-Papers**, den sogenannten **Cum-Ex-Geschäften** und **Patentboxen** seien nur drei jüngst bekannt gewordene Fälle von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung genannt, die zu einer ungleicheren Einkommens- und Vermögensverteilung beitragen. Eine effektivere Besteuerung dieser Gewinne und Vermögen hingegen würde die Ungleichheit reduzieren helfen. **Expertenschätzungen** ergeben, dass der gesamte Schaden aus Steuervermeidung und Steuerhinterziehung für den deutschen Fiskus jährlich etwa 50 Mrd. Euro beträgt.

Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer: Da Vermögen noch wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen und über Zinserträge auch zur Einkommensungleichheit beitragen, kann eine auf hohe Vermögen konzentrierte Vermögenssteuer helfen, die Ungleichheit zu reduzieren (Bach und Thiemann 2016). Eine stärker progressive Besteuerung von leistungslosen Einkünften wie Erbschaften ist ein zentrales Element um Chancengleichheit und soziale Mobilität zu fördern (Piketty et al. 2013). Dabei geht es nicht um „Omas Häuschen“, das durch die üblichen Freibeträge nicht von Erbschaftsteuer betroffen ist. Allerdings sorgen Verschonungsregeln für die Vererbung von Betriebsvermögen, die bei den Top-Vermögenden konzentriert sind, für eine effektiv niedrigere Besteuerung gerade hoher Erbschaften (Bach et al. 2010). Dabei dürfte bei gestreckter Steuerbelastung über mehrere Jahre der Fortbestand von Unternehmen durch die Erbschaftsteuer kaum gefährdet sein, es gibt also keinen triftigen Grund für die Verschonung (Rietzler et al. 2016). Deutschland weist unter den entwickelten Volkswirtschaften eine **vergleichsweise geringe Besteuerung** von Vermögen und Erbschaften auf.

Rentensystem: Im deutschen Rentenversicherungssystem wurde in den vergangenen Jahren in mehreren Schritten der umlagefinanzierte, paritätische Anteil geschwächt, während das kapitalgedeckte private System gefördert wurde. Im Vergleich zu anderen Ländern, wie etwa Österreich, sind zudem nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pflichtversichert, während die in der Regel besser verdienenden Selbstständigen und Beamten eigene Versorgungssysteme haben. Die Nettoersatzquote des umlagefinanzierten Systems, also der Anteil der Nettorente am Verdienst eines/r Durchschnittsverdienenden, beträgt gerade einmal 50 Prozent. Das ist ein im internationalen Vergleich sehr niedriger Wert (in Öster-

reich beträgt die Nettoersatzquote 92 Prozent (vgl. Blank et al. 2016). Gerade Ärmere fehlen jedoch trotz staatlicher Förderung oftmals die finanziellen Mittel zur privaten Altersvorsorge. Ein paritätisch finanziertes Umlagesystem, in das alle Erwerbseinkommen einzahlen, könnte demnach helfen, die **drohende Verbreitung von Altersarmut** erheblich zu reduzieren.

Literatur

- Albig, Hanne u.a., 2017: **Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst**. DIW Wochenbericht Nr. 10, März 2017.
- Amlinger, M., Bispinck, R., Schulten, T. 2014. **Niedriglohnbereich: Jeder Dritte ohne Mindestlohn? Ausnahmen vom geplanten Mindestlohn und ihre Konsequenzen**. WSI-Report Nr. 14.
- Amlinger, M., Bispinck, R., Schulten, T. 2016. **Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland - Erfahrungen und Perspektiven**. WSI Report Nr. 28.
- Bach, S., Thiemann, A. 2016. **Hohes Aufkommenspotential bei Wiedererhebung der Vermögensteuer**, DIW Wochenbericht 4/2016.
- Bach, S., Beznoska, M., Steiner, V. 2010. **Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe**. Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 59.
- Blank, F., Logeay, C., Türk, E., Wöss, J., Zwiener, R. 2016. **Österreichs Alterssicherung: Vorbild für Deutschland?** Wirtschaftsdienst 96(4), 279-286.
- Behringer, J., Theobald, T., van Treeck, T. 2014. **Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – Eine makroökonomische Sicht**, IMK Report Nr. 99.
- Behringer, J., Theobald, T., van Treeck, T. 2016. **Ungleichheit und makroökonomische Instabilität: Eine Bestandsaufnahme**, WISO Diskurs, Friedrich Ebert Stiftung.
- Cingano, F. 2014. **Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth**, OECD Social, Employment and Migration Papers No. 163.
- Corak, M. 2013. **Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility**, Journal of Economic Perspectives, 27(3):79-102.
- Carroll, C.D., Slacalek, J., Tokuda, K. 2014. **The Distribution of Wealth and the MPC – Implications of new European Data**, ECB Working Paper Nr. 1648.
- Dabla-Norris, E., Kochhar, K., Suphaphiphat, N., Ricka, F., Tsounta, E. 2015. **Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective**, IMF Staff Discussion Note 2015/13.
- Deutsche Bundesbank 2013. **Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie**, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank:25–51.
- Deutsche Bundesbank 2016. **Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014**, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank:61–86.
- Eurostat 2016. **Verdienststrukturerhebung: Jeder sechste Arbeitnehmer in der Europäischen Union ist Niedriglohneempfänger**, Eurostat Pressemitteilung 246/2016.
- EZB 2017. **The Household Finance and Consumption Survey – Wave 2. Statistical tables**. EZB April 2017.
- Förster, M., Llana-Nozal, A., Nafilyan, V. 2014. **Trends in Top Incomes and their Taxation in OECD Countries**. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 159.

- Grabka, M.M., Goebel, J. 2017. **Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit**, DIW-Wochenbericht 4/2017: 71-82.
- Grabka, M. M., Westermeier, C. 2014. **Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland**. DIW Wochenbericht 09/2014: 151–164.
- Heidenreich, M. 2016. **Der Pyrrhussieg des Egalitarismus. Einkommensungleichheiten in Europa**, WSI-Mitteilungen 01/2016.
- Jaumotte, F., Buitron, C. O. 2015. **Inequality and Labor Market Institutions**. IMF Staff Discussion Note, Nr. SDN/15/14.
- Niehues, J. 2016. **Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich**. Wirtschaftsdienst 96, Nr. 1: 13–18.
- OECD 2015. **In It Together: Why Less Inequality Benefits All**, OECD Publishing, Paris.
- Ostry, J. D., Berg, A., Tsangarides, C. G. 2014. **Redistribution, Inequality, and Growth**, IMF Staff Discussion Note 2014/02.
- Piketty, T., Saez, E., Zucman, G. 2013. Rethinking capital and wealth taxation. Mimeo.
- Poppitz, P. 2016. **Does self-perception and income inequality match? The case of subjective social status**. IMK Working Paper Nr. 173.
- Rietzler, K., Scholz, B., Teichmann, D., Truger, A. 2016. **IMK Steuerschätzung 2016-2020**. IMK Report 114.
- Schmid, K. D., Spannagel, D. 2015. Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland. In: Bofinger, P., Horn, G. A., Schmid, K. D., van Treeck, T. (Hrsg.): **Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland**. Leipzig: SE Publ.
- Seils, E. 2016: **Wie wirkt sich Einwanderung auf die Armut aus?**. WSI Verteilungsmonitor September 2016
- Spannagel, D. 2015. **Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück**. WSI-Verteilungsbericht 2015. WSI-Report Nr. 26.
- Spannagel, D. 2016. **Soziale Mobilität nimmt weiter ab**, WSI-Verteilungsbericht September 2016.
- Van Treeck, T. 2014. **Did Inequality Cause the U.S. Financial Crisis?**, Journal of Economic Surveys 28(3): 421-448.
- Westermeier, C., Grabka, M. M. 2015. **Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland**, DIW-Wochenbericht 7/2015: 123-133.

Autorinnen und Autoren:

Dorothee Spannagel (WSI) dorothee-spannagel@boeckler.de

Jan Behringer (IMK) jan-behringer@boeckler.de

Sebastian Gechert (IMK) sebastian-gechert@boeckler.de

Philipp Poppitz (IMK) philipp-poppitz@boeckler.de

Kontakt:

Anita Tiefensee (WSI) anita-tiefensee@boeckler.de



Stand: Mai 2017
www.wsi.de/verteilungsmonitor

